

In diesem Frühjahr – ein genauer Termin steht noch nicht fest – wird in Rumänien ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Das Mandat des Amtsinhabers Klaus Johannis lief eigentlich schon Ende 2024 ab, doch als Folge der verkorksten rumänischen Präsidentenwahl im November, die schließlich vom Verfassungsgericht annulliert wurde, werden die Wahlberechtigten bald nochmals abstimmen müssen.

Am 24. November hatte vollkommen überraschend der zuvor in keiner Umfrage an führender Stelle aufgetauchte Călin Georgescu, ein rechtsradikaler Spintisiere und ausgewiesener Verschwörungstheoretiker mit Hang zu Geschichtsklitterung, die meisten Stimmen erhalten. Ihm folgte Elena Lasconi, Chefin der reformorientierten Antikorrupsionspartei Union zur Rettung Rumäniens, kurz USR. Für die regierende Partidul Social Democrat (PSD), die nur dem Namen nach sozialdemokratisch ist, war Regierungschef Marcel Ciolacu ins Rennen gegangen. Doch die sieggewohnte PSD musste erleben, wie ihr Kandidat den Einzug in die Stichwahl verpasste. Glaubt man Rumäniens Verfassungsgericht, dem Obersten Verteidigungsrat unter Leitung von Johannis und der PSD, dann ist die Lage eindeutig: Der krasse Außenseiter Georgescu hatte demnach nur aufgrund einer maßgeblich von Russland aus gesteuerten Kampagne auf der Plattform Tiktok gewonnen. Es gibt in Rumänien aber auch die Ansicht, das Ziel der PSD sei es von Anfang an gewesen, außer ihrem eigenen einen rechtsradikalen Präsidentschaftsbewerber in die Stichwahl zu hieven. Die Logik dahinter: Der PSD-Mann werde in der zweiten Runde einen sicheren Sieg über den für eine Bevölkerungsmehrheit vermeintlich unwählbaren Rechtsradikalen einfahren können. Diese Rechnung sei dann aber nicht aufgegangen, da die wichtigste Regierungspartei die Wut der Bevölkerung auf die etablierten Kräfte unterschätzt habe. Die Parteistrategen der PSD hätten sich in ihrer Arroganz schlicht nicht vorstellen können, dass ihr eigener Kandidat bei der Bevölkerung durchfallen würde.

Das sind Eindrücke und Vermutungen, keine nachweisbaren Tatsachen. Doch in Rumänien drängt sich seit Wochen ein Verdacht mit jedem Tag deutlicher auf: Die regierende Klasse in Bukarest hat das russische Schreckgespenst nur an die Wand gemalt, um von ihrem eigenen Versagen und dem Misserfolg ihrer gescheiterten machttaktischen Spielen abzulenken – und um einen Vorwand zur Annullierung einer Wahl zu haben, deren Ergebnis nicht nach dem Geschmack der Machthaber war. Auffällig ist zunächst: Bei der Präsidentenwahl, wo die Kandidaten des Regierungslagers scheiterten, soll es massive russische Manipulationen gegeben haben. Bei der Parlamentswahl eine Woche später, wo die PSD stärkste Kraft wurde und mit dem Ergebnis zufrieden sein konnte, gab es dagegen angeblich keine Manipulationen. Sollte der Kreml seine Bots und Trolle also nur für die Präsidentschaftswahl in Marsch gesetzt haben, bei der Parlamentswahl sieben Tage später aber nicht? Seltsam wäre das auch deshalb, weil die Parlamentswahl die wichtigere dieser Abstimmungen war. In Rumänien hat das Staatsoberhaupt zwar eine starke Stellung, doch eine Präsidialrepublik ist das Land nicht. Wer Einfluss in Bukarest nehmen will, täte besser daran, statt der Präsidentenwahl die Parlamentswahl zu manipulieren. Zumindest seltsam ist auch, dass die ominösen Tiktok-Algorithmen zwar die von der Opposition gewonnene Präsidentschaftswahl verzerrt haben sollen, nicht aber die Parlamentswahl, bei der sich die Regierungskräfte behaupten konnten. Ist das realistisch?

Die Rolle der wichtigsten staatlichen Institutionen bei der Annullierung der Wahl lässt solche Fragen noch drängender erscheinen. Der rumänische Rechtswissenschaftler Csongor Kuti schreibt in einem Aufsatz für das Portal „Verfassungsblog“ von einer „Reihe unglücklicher Entscheidungen“ der sechs Richter und drei

Der Mythos von der russischen Einmischung

In Rumänien wurde die Präsidentenwahl annulliert.

Angeblich war sie vom Kreml manipuliert. Oder hat sich die politische Klasse in Bukarest nur verzockt und sucht nun einen Schuldigen?

Von Michael Martens, Wien



Protest für einen umstrittenen Kandidaten: Anhänger des Verschwörungstheoretikers Călin Georgescu demonstrieren Ende Dezember in Bukarest.

Foto AFP

Richterinnen des Verfassungsgerichts, die „im Widerspruch zur verfassungsmäßigen Ordnung, zu den Prinzipien des Rechtsstaats oder zur Idee der Demokratie“ gestanden hätten. Erklärungsbedürftig scheint das Handeln des Verfassungsgerichts tatsächlich. Nach Georgescus Wahltriumph ordnete es zunächst eine Neuauszählung aller abgegebenen Stimmen binnen 24 Stunden an. Diese Frist war mindestens unprofessionell, denn es erwies sich als logistisch völlig unmöglich, bei längst aufgelösten Wahllokalen innerhalb eines Tages mehr als neun Millionen Stimmen neu auszuzählen. Nachdem es das eingesehen hatte, verlegte das Gericht die Frist um einige Tage. Nun gelang es zwar, die Resultate der inländischen Wahllokale neu auszuzählen, nicht indes die mehr als 600.000 Stimmen aus dem Ausland, wo die beiden Oppositionskandida-

ten Georgescu und Lasconi überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatten. Vom Verfassungsgericht hieß es daraufhin kurzzerhand, auf die Auslandsstimmen komme es ohnehin nicht an, da die gemeldeten Unregelmäßigkeiten, die den Anstoß zur Anordnung der Neuauszählung gegeben hatten, sich nur auf einige wenige Wahllokale im Inland bezogen hätten. Doch warum war dann überhaupt eine komplette Neuauszählung aller Stimmen angeordnet worden?

Das blieb unklar, doch am 2. Dezember bestätigte das Verfassungsgericht nach der partiellen Neuauszählung die Ergebnisse der ersten Wahlrunde schließlich doch – nur, um am 6. Dezember die gesamte Wahl zu annullieren. Zur Begründung wurde nun auf Informationen aus dem Innenministerium, von den Geheimdiensten und aus Johannis' Präsidialamt

verwiesen, laut denen der gesamte Wahlprozess von mangelnder Transparenz insbesondere bei der Wahlkampffinanzierung sowie von der Einmischung ausländischer „staatlicher Entitäten“ geprägt gewesen sei.

Wie viele Menschen in Rumänien fragt Csongor Kuti, welche Rolle die rumänischen Geheimdienste bei dem odysseischen Zickzackkurs des Verfassungsgerichts gespielt haben: „Es ist unerklärlich und widerspricht den Prinzipien des Rechtsstaats, dass das Bestehen von Unregelmäßigkeiten und rechtswidrigen Handlungen, die den gesamten Wahlprozess betrafen, dem Obersten Landesverteidigungsrat erst nach der ersten Wahlrunde mitgeteilt wurde“, so Kuti. Ebenso un-

erklärlich sei, dass der von Johannis geleitete Sicherheitsrat mit den Informationen der Dienste erst an die Öffentlichkeit trat, nachdem das Verfassungsgericht die Ergebnisse der Wahl zunächst für gültig erklärt hatte. Was auch immer die Hintergründe waren – die PSD und ihre Barone konnten zufrieden sein: Die Wahl, bei der ihr eigener Kandidat durchgefallen war, war annulliert, der Weg zu einem zweiten Versuch der Machteroberung frei. Hilfreich mag dabei gewesen sein, dass die PSD in den Reihen des Verfassungsgerichts traditionell viele alte Bekannte hat, Verfassungsgerichtspräsident Marian Enache etwa. Der 70 Jahre alte Jurist wurde 2016 vom Senat, der zweiten Kammer des rumänischen Parlaments, zum Verfassungsrichter ernannt – auf Vorschlag der PSD, für die er zuvor Abgeordneter gewesen war. Enaches Verbindungen reichten freilich noch weiter zurück. Über ihn existierte einst eine Mitarbeiterakte bei der Securitate, dem grausamen Geheimdienst des 1989 erschossenen kommunistischen Diktators Nicolae Ceausescu. Die Akte selbst ist in den Archiven allerdings nicht mehr auffindbar, nur der amtliche Hinweis auf sie existiert.

Der Historiker Mihai Demetriade, ein wissenschaftlicher Berater des Nationalen Rates zur Untersuchung der Archive der Securitate, sagte dazu in einem Interview mit dem rumänischen Programm von „Radio Free Europe“, sicher sei aufgrund der Aktenlage nur, dass Enache von der Securitate als Informant angeworben wurde. „Wir wissen jedoch nicht, welcher Art diese Rekrutierung war, wann und in welchem Kontext sie stattfand.“ Daher sei es unethisch, über die Art der Kooperation zu spekulieren. Allerdings seien, wenn eine Akte angelegt wurde, immerhin zwei Bedingungen erfüllt gewesen: Es gab eine erfolgreiche Anwerbung sowie einige Ergebnisse der Kooperation, also die Bespitzelung anderer Menschen. Dass Enache zu Beginn der Neunzigerjahre auch Berater des damaligen Präsidenten Ion Iliescu war, passt zu diesem Lebenslauf. Iliescu hatte als ehemaliger Apparatschik und erster Präsident Rumäniens nach dem Sturz Ceausescus dafür gesorgt, den alten kommunistischen Seilschaften die Unterwanderung des neuen Staates zu erleichtern. Biographien, die im Umfeld der Securitate beginnen und über die Postkommunisten zu mächtigen Positionen in der Gegenwart führen, etwa im Verfassungsgericht, sind keine Seltenheit in Rumänien.

Seltsam ist auch die Rolle der Ständigen Wahlbehörde Rumäniens und ihres Leiters Toni Greblă. Der spätere Wahlsieger Georgescu hatte der Behörde gemeldet, keinerlei Mittel für seinen Wahlkampf aufgewendet zu haben. Nicht nur angesichts der mit ihm produzierten Tiktok-Videos war das fragwürdig. Auch Flugblätter, Kalender und anderes Material mit Georgescus Konterfei werden sich nicht kostenlos und von selbst gedruckt haben. Georgescu sei mit seiner Behauptung, keinen einzigen Leu für seine Kampagne ausgegeben zu haben, nur durchgekommen, weil die Ständige Wahlbehörde diese Angaben vor den Medien und der Öffentlichkeit versteckt habe, so der auf Wahlkampffinanzierung spezialisierte rumänische Journalist Cristian Andrei. Während einer Wahlkampagne ist die Behörde eigentlich verpflichtet, die Wahlkampfkosten der Kandidaten wöchentlich zu veröffentlichen, doch in den letzten beiden Wochen vor dem Abstimmungstag unterblieb dies. Erst nach dem Wahltag wurden die Angaben nachgereicht, sodass die Rumänen erst dann herausfanden, dass ihr Wahlsieger angeblich keine Kampagnenkosten hatte.

Wie passt das damit zusammen, dass Greblă Ende 2022 an einer privaten Feier mit Männern aus dem Umfeld Georgescus teilnahm? Laut vom Obersten Sicherheitsrat freigegebenen Dokumenten erhielt Georgescu mehrere Hunderttausend Euro Wahlkampfförderung. Dass die Ständige Wahlbehörde seine Behauptung eines Wahlbudgets von null offenbar ungeprüft übernommen habe, weist laut einer Mitteilung der Antikorrupsionspar-

tei USR auf „schwerwiegende Versäumnisse der Wahlbehörde bei der Ausübung ihrer Kontrollbefugnisse hin“. Deshalb müsse man die Frage stellen, welches Vertrauen die Wahlbevölkerung noch in eine Institution haben könne, die sich selbst dann nicht rührt, wenn ein Kandidat ihr meldet, sein Wahlkampf finde kostenlos statt. Die USR hatte schon im vergangenen Sommer versucht, den in zahlreiche Affären verstrickten Behördenchef Greblă abzusetzen. Er sei angesichts der nahenden Präsidenten- und Parlamentswahlen eine „Gefahr für die Demokratie“ und müsse abgesetzt werden, damit kein Zweifel an den Ergebnissen aufkomme. Wenige Wochen später wurde durch journalistische Enthüllungen bekannt, dass Greblă sich unrechtmäßig 24.000 Euro mehr Gehalt als genehmigt hatte überweisen lassen. Er gestand sein Fehlverhalten ein und gab an, das Geld zurückzahlen zu wollen. Weitere Konsequenzen hatte der Fall nicht. Greblă, ein ehemaliger Verfassungsrichter, ist gut vernetzt. Seine politische Heimat ist die PSD, sie hatte ihn auch für sein jetziges Amt nominiert. Man kennt sich, man versteht sich.

Der in Wien lehrende Südosteuropahistoriker Oliver Jens Schmitt erinnert zu dem daran, wie stark die Bevölkerung von Staatspräsident Klaus Johannis enttäuscht ist. Im Ausland, insbesondere in Deutschland, halten viele den Siebenbürger Sachsen immer noch für den Saubermann der rumänischen Politik. Diesen Ruf hat er in seinem eigenen Land längst nicht mehr. „Johannis hat 2019 seinen Wahlkampf geführt gegen die ‚rote Pest‘, wie man die Postkommunisten von der PSD genannt hat. Kaum wiedergewählt, hat er dann aber mit dieser Partei koalitiert und ihr wieder an die Macht zurückverholfen, weil er gleichzeitig die proeuropäischen Reformkräfte aus der Regierung geworfen hat“, sagt Schmitt. Das habe Johannis die Sympathie der urbanen, reformwilligen Schicht im Land gekostet, die ihm zuvor zu seiner Wiederwahl verholfen hatte. „Was die Bevölkerung zudem empört hat, waren sein Lebenswandel und seine Herrschaftsinzenzierung mit all ihrem Prunk und Luxus“, so Schmitt. Flüge mit teuren Privatjets um die halbe Welt, die luxuriöse Sanierung seines Sitzes als Alterspräsident, die völlige Intransparenz im Umgang mit Steuergeldern sind nicht etwa Erfindungen russischer Trollfabriken, sondern rumänische Realität. Hinzu kommt Johannis' ebenso aussichtslose wie störrische Kandidatur als NATO-Generalsekretär. Er habe abgehoben regiert wie ein Monarch, sagt Schmitt.

Auch der Historiker stellt viele Fragen: Warum sagte Johannis ursprünglich, es gebe keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentenwahl, nur um wenige Tage später das Gegenteil zu behaupten? Wie kann es sein, dass die Dienste Erkenntnisse zu offenbar gemeingefährlichen ausländischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Wahlkampf hatten, den Nationalen Sicherheitsrat aber – zumindest offiziell – erst nach der Wahl informierten? Und wie belastbar sind die Hinweise auf eine entscheidende russische Rolle eigentlich? „Von Russland spricht im Prinzip nur der Auslandsgeheimdienst in ganz allgemeiner Form“, fasst Schmitt zusammen und vermutet: Ohne die Unterstützung von staatlichen Strukturen in Rumänien selbst wäre der plötzliche Höhenflug Georgescus schwer vorstellbar. Schmitt rät dazu, die Gründe für den Erfolg Georgescus nicht nur in Russland zu suchen – sondern auch in Rumänien.

Ob Georgescu bei der neu angesetzten Wahl wieder antreten darf, ist unklar. Sicher ist, dass sich in der rumänischen Bevölkerung eine große Wut angesammelt hat. Viele Leute haben das Gefühl, die Wahl sei nicht etwa wegen russischer Einmischungen annulliert worden, sondern weil das Ergebnis nicht so ausfiel, wie sich die Regierenden in Bukarest das gedacht hatten. Die Indizien deuten darauf hin, dass dieses Gefühl nicht trügt.

Der Herr der Welt und sein Ring von Satelliten

Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni und Elon Musk verstehen sich, doch seine Geschäftsinteressen wecken Misstrauen / Von Matthias Rüb, Rom

Auch zu den inneren Angelegenheiten Italiens hat Elon Musk in jüngster Zeit gern Stellung bezogen. Weil italienische Gerichte, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die von der Regierung in Rom geplante Abschiebung von Bootsmigranten in als sicher eingestufte Herkunftsländer faktisch unterbunden hatten, ließ Musk Mitte November auf seiner Plattform X wissen: „Diese Richter müssen gehen.“ Italiens Präsident Sergio Mattarella wies den Unternehmer und künftigen Berater von Donald Trump in ungewöhnlich scharfer Form in die Schranken. „Italien ist ein großes demokratisches Land und kann im Einklang mit der Verfassung auf sich selbst achten“, ließ der über die Parteigrenzen hinweg respektierte Staatschef ausrichten. Musks bevorstehende Übernahme einer wichtigen Beraterfunktion in Washington verpflichte ihn zur „Achtung der Souveränität eines verbündeten Landes“, statt „Lektionen zu erteilen“. Die brüske Zurechtweisung Musks durch Mattarella kam Ministerpräsidentin Giorgia Meloni unlegen, sie schlug sich in dem Konflikt auf die Seite Mattarellas.

Die Parteichefin der rechtskonservativen Partei Brüder Italiens unterhält seit Jahren ein freundschaftliches Verhältnis zu Musk. Der Unternehmer war im Dezember 2023 Ehrengast beim konservativen Politifestival „Atreju“, das die Jugendorganisation von Melonis Partei jedes Jahr ausrichtet. Im September 2024 hielt Musk in New York die Laudatio bei der Verleihung des Global Citizen Awards an Meloni durch den Atlantic Council. Musk und Meloni pflegen sich derart mit Komplimenten zu überschütten, dass der Boulevard bereits von einer Romanze munkelt – was beide dementieren.

Der jüngste italienische Kasus Musk ist aber nichts für die Klatschspalten. Denn es geht um wirtschaftliche Interessen. Ausgelöst wurde der Fall durch einen Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg, der im Zusammenhang mit dem Blitzbesuch Melonis in Trumps Residenz Mar-a-Lago in Florida vom Samstag erschien. An dem Abendessen mit Spendern und Freunden sowie designierten Kabinettsmitgliedern Trumps nahm Musk jedoch nicht teil. Wie Bloomberg und andere Medien berichten, führen die italienische Regierung und der Konzern Starlink, der zu Musks Raumfahrtunternehmen SpaceX

gehört, seit Monaten intensive und inzwischen „weit fortgeschrittene“ Verhandlungen über die Nutzung eines satellitengestützten Kommunikationssystems. Das Starlink-System ist nach eigenen Angaben abhör- und krisensicher und bleibt auch

bei Notfällen wie Terroranschlägen, Naturkatastrophen oder gar Kriegen einsatzbereit, weil es ohne terrestrische Netze und Transmitter auskommt. Das Geschäft umfasst einen Wert von etwa 1,5 Milliarden Euro und soll dem italienischen Mi-

litär und den Geheimdiensten des Landes für zunächst fünf Jahre die Nutzung der von Starlink mit irdischen Satelliten bereitgestellten Kommunikationsinfrastruktur gewähren. Auch Botschaften und Konsulate Italiens in abgelegenen Weltgegenden könnten von den sicheren Verbindungen über Starlink profitieren.

Das Ministerpräsidentenamt in Rom wies am Montag italienische Medienberichte als „schlicht lächerlich“ zurück, wonach Meloni bei dem vierstündigen Blitzbesuch in Mar-a-Lago mit Trump auch über Starlink gesprochen habe. Es seien in der Sache noch keine Vereinbarungen getroffen oder gar Verträge geschlossen worden, teilte Melonis Büro mit. Derweil feuerte Andrea Stroppa, Musks Vertreter in Italien, über die Plattform X ganze Salven zu den angeblichen Vorzügen von Starlink gegenüber Angeboten der Konkurrenz ab: Man sei um viele Milliarden billiger, dazu zuverlässiger als die Wettbewerber und könne die Dienste zudem sofort zur Verfügung stellen. Im Zusammenhang mit den Ausschreibungen zu den genannten Aufträgen ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Oktober gegen Stroppa wegen des Verdachts, dieser habe sich über einen italie-



Freunde: Giorgia Meloni und Elon Musk 2024 in New York

Foto EPA